

Sitzung des Beirats Mitte vom 18. März 2024 zum Sachstand der Umgestaltung der Dechanatstraße und des Postamtes 1

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:30 Uhr

Anwesenheit:

vom Beirat Mitte	Partei	Teilnahme
Jürgen Bunschei	GRÜNE	√
Anna Kreuzer		√
Waltraut Steimke		√
Birgit Olbrich	SPD	√
Michael Steffen		√
Jutta Wohlers		√
Henrike Adebar	LINKE	√
Jan Strauß		entschuldigt
Kerstin Wieloch-Knipper		√
Ann-Kathrin Mattern	CDU	√
Dirk Paulmann		entschuldigt
Peter Bollhagen	FDP	entschuldigt
Fabian Kutschke	Die PARTEI	√

vom Ortsamt Mitte / Östliche Vorstadt	Funktion
Dominik John	Sitzungsleitung
Arne Köller	Protokoll

Gäste	Funktion
Jan Casper Damberg	Projektbüro Innenstadt
Meike Jäckel	Amt für Straßen und Verkehr
Stefan Lippert	BPR Ingenieure
Frank Flottau	Wirtschaftsförderung Bremen
Claudia Gernand	Wirtschaftsförderung Bremen

PROTOKOLL

Tagesordnung

1. Genehmigung der Tagesordnung.....	3
2. Vorstellung des Sachstands zur Dechanatstraße	3
3. Vorstellung des Sachstandes zum Postamt 1	6
4. Verschiedenes.....	8

1. Genehmigung der Tagesordnung

- die Tagesordnung wurde genehmigt.

2. Vorstellung des Sachstands zur Dechanatstraße

- Frau Jäckel (ASV) berichtet vom Sachstand:
 - o Es gibt bereits Grabungen in der Dechanatstraße. Im Untergrund liegen diverse unterschiedliche Leitungen. Nicht alle dieser Leitungen waren auf den vorhandenen Plänen eingezeichnet. Daher müssen nun noch Änderungen in der Planung und Durchführung erfolgen.
 - o Die Planung und Durchführung ist komplex, man befindet sich aber auf einem guten Weg.
- Herr Lippert (BPR):
 - o BPR legt den Fokus auf verkehrstechnische Belange. Die Landschaftsarchitekten Bruun & Möllers haben gemeinsam mit BPR den Auftrag zur Umgestaltung erhalten.
 - o Das Ziel ist der Umbau der Dechanatstraße zur Klimastraße. Bspw. hat die anliegende St.-Johannis-Schule im Sommer mit sehr hohen Temperaturen bedingt durch den innerstädtischen Hitzestau und die Versiegelung der Flächen zu kämpfen.
 - o Dem soll durch großflächige Verschattung, durch Bäume und neue Tiefbeete Abhilfe geschaffen werden.
 - o Das Oberflächenwasser wird von der Kanalisation abgekoppelt, um die Pflanzen und Bäume zu bewässern. Hierdurch wird außerdem die Überflutungsgefahr im leicht abschüssig gelegenen Schnoor-Viertel bei Starkregenereignissen verringert. Die Überflutungsgefahr wurde anhand eines 30-jährigen Starkregenereignisses berechnet.
 - o An der Ecke Dechanatstraße / Am Landherrenamt werden Bänke errichtet, um die Aufenthaltsqualität zu steigern. Der gesamte Straßenraum wird durch eine einheitliche Oberfläche als Platz geöffnet.
 - o Außerdem wird die Querungssicherheit für Fußgänger:innen erhöht.
 - o Im südlichen Bereich der Straße Am Landherrenamt wird in die vorhandenen Parkplätze eingegriffen, um Parkplätze für Personen mit Behinderung zu erhalten.

PROTOKOLL

- Die im Untergrund befindlichen Leitungen verkomplizieren die Umgestaltung der Straße. Die Haupttrasse der Telekom befindet sich direkt unterhalb der geplanten Bäume. Die aktualisierte Planung sieht nun einen leichten Schwenk der Straße vor, sodass die Bäume entsprechend gepflanzt werden können und der Radverkehr angemessen passieren kann, ohne dass ein Konflikt zu den Versorgungsleitungen (auch Gas und Wasser) besteht.
- Die Bäume erhalten einen wasserdurchlässigen Wurzelschutz („Hydrologisch optimierter Baumstandort“, HOBS).
- Jeder Baum erhält ca. 25-30m³ Baumsubstrat anstelle der üblichen ca. 15m³. Es wird eine gute Entwicklung der Bäume erwartet.
- Es werden Spitzahorne, die als robust und gut geeignet für Innenstädte gelten, gepflanzt. In den übrigen Tiefbeeten werden Stauden gepflanzt. Nach aktuellem Stand wird ein Baum mehr gepflanzt, als ursprünglich vorgestellt wurde.
- An der Seite der St.-Johannis-Schule werden unter den Bäumen Sitzgelegenheiten geschaffen. Am großen Baum an der Ecke Am Landherrenamt wird eine große Rundbank zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität geschaffen. Bedingt durch das Gefälle wird die Bank zweigeteilt.
- Die Oberfläche wird in einheitlichem und niveaugleichen Granitpflaster in unterschiedlichen Formaten gestaltet. Der Gehweg sowie die Fahrbahn erhält die gleich Oberfläche, wodurch ein Platzcharakter geschaffen wird.
- Die vorhandenen Poller haben ihre maximale Lebensdauer erreicht und werden – in Absprache mit dem ASV – ausgetauscht und durch Granitpoller ersetzt. Lediglich zwei Poller werden durch herausnehmbare Stahlpoller ersetzt.
- Der Landesbehindertenbeauftragte wurde in die Planung mit eingebunden.
- Die durch Wesernetz realisierte Fernwärmetrasse wird keinen Konflikt mit der projektierten Umwidmung der Straße ergeben.
- Der Baustellenverkehr wird Mitte August 2025 starten. Bis dahin wird die Baumaßnahme durch Wesernetz (Beginn Wesernetz: März 2025) abgeschlossen sein. Die Fertigstellung der Umgestaltung ist bis Januar 2026 geplant, wobei die Pflasterarbeiten bis Ende November 2025 fertiggestellt sein sollen.
- Die Dechanatstraße wird voraussichtlich bis zur Fertigstellung der Pflasterarbeiten Ende November 2025 voll gesperrt sein. Der Lieferverkehr erfolgt in dieser Zeit über die Ostertorstraße mit Sicherungsposten. Der motorisierte Individualverkehr wird ab Tiefer/Balgebrückstraße aufgehalten. Durch eine Schrankenanlage können Fahrzeuge der BSAG passieren.
- Eine Lieferzone wird vor dem BSAG-Kundenzentrum eingerichtet.
- Archäologische Funde könnten (wie bei allen Bauprojekten) den Zeitplan verzögern.

PROTOKOLL

- Dominik John: Wie lange wird die Umleitung andauern?
 - o Herr Lippert: Es besteht ein sehr enger Zeitplan mit viel Zeitdruck. Wenn alles gut läuft, wird die Vollsperrung bis Ende November beendet sein, wenn Probleme/Komplikationen auftreten bis Ende Januar.
- Dominik John: Welche Einschränkungen sind bzgl. der Bauarbeiten der Wesernetz an der Fernwärmeleitung (ab März 2025) zu erwarten?
 - o Frau Jäckel: Ab dem 21.03 erfolgt eine Absperrung (keine Vollsperrung) für ca. 4 Wochen. Anschließend muss die Straße für ein kurzes Zeitfenster voll gesperrt werden.
- Birgit Olbrich: Bezieht sich die Vollsperrung der Dechanatstraße auch auf Fahrradfahrende und Fußgehende?
 - o Herr Lippert: Nein, diese Gruppen werden immer durchkommen, ebenso die Schüler:innen der St.-Johannis-Schule. Auch die Rettungswege werden dauerhaft freigehalten.
- Henrike Adebar: Die Geländeumrandung der Beete ist aus Holz. Sind diese längerfristig haltbar?
 - o Herr Lippert: Die Einfassungen selber sind aus Beton. Lediglich die Bänke werden aus robustem und haltbarem Holz gefertigt.
- Anna Kreuzer: Welche Informationsinstrumente sind zur Bekanntmachung der Umleitung geplant?
 - o Frau Jäckel: Es wird wie immer eine Anwohner:inneninformationen geben. Aufgrund der Größe des Projekts wird diese nun vermutlich größer ausfallen. Außerdem sollen die Medien informiert werden, um ausführlich zu berichten. Fokusgruppen sind die Anwohner:innen, die Anlieger:innen sowie der Kurier- und Lieferverkehr.
- Waltraud Steimke: Haben die beteiligten Architektur- und Ingenieurbüros Erfahrungen mit dieser Art von Umgestaltung, vor allem vor dem Hintergrund der prominenten Lage der Dechanatstraße?
 - o Herr Lippert: Ja, vergleichbare Projekte werden bzw. wurden u.a. in Hamburg, Hannover und Bochum realisiert. Das Ziel ist nicht nur der Klimaschutz, sondern auch eine hochwertige gestalterische Planung. Lediglich das Baumsubstrat ist eine neue noch nicht eingesetzte Entwicklung.
- Frage aus dem Publikum: Wurden etwaige archäologische Grabungen abgeklärt?
 - o Frau Jäckel: Ja, der Austausch mit den Landesarchäologen findet statt. Im Zuge dessen haben gemeinsame Begehungen begonnen. Im Bereich der Tiefbeete ist der Boden bereits sehr gestört, sodass es unwahrscheinlich ist, auf entsprechende Funde zu stoßen. Es ist allerdings schwierig, diesbezüglich generelle und verbindliche Aussagen zu treffen.

PROTOKOLL

- Anna Kreuzer: Haben Komplikationen bzw. Verzögerungen Auswirkungen auf die Fördermittel?
 - o Frau Jäckel: Nein, der Förderzeitraum läuft bis Ende November. Die Gelder sind auch für ein „worst-case-Szenario“ gesichert.
- Jürgen Bunschei: Wer ist für die Baumpflege – auch finanziell – zuständig?
 - o Herr Lippert: die Pflege wird für den Zeitraum bis 5 Jahre nach Umgestaltung der Straße von BPR übernommen.
 - o Frau Jäckel: im Anschluss ist das ASV zuständig, das die Pflege vom UBB durchführen lässt.
- Frage aus dem Publikum: Werden weitere/neue Mülleimern in die Planung aufgenommen? Es mangle in dieser Lage schon jetzt an Mülleimern.
 - o Frau Jäckel: Der bisherige (1) Mülleimer wird abgebaut. Stattdessen wird ein größerer Mülleimer an vergleichbarer Lage und ein weiter Mülleimer an einer noch nicht feststehenden Lage errichtet.
- Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

3. Vorstellung des Sachstandes zum Postamt 1

- Herr Flottau (WFB):
 - o Das Gelände des Postamtes 1 gehört der Stadt, die Post hat 1970 das bestehende Gebäude errichtet und mit der Stadt einen unentgeltlichen Nutzungsüberlassungsvertrag abgeschlossen.
 - o 2021 wurde von der Post angekündigt, sich vom Standort zurückzuziehen. Zum 07.05.2024 hat die Stadt das Gebäude zurückgenommen. Bei Übergabe befand sich das Gebäude in einem sehr guten baulichen Zustand.
 - o Das Interessensbekundungsverfahren von Dezember 2024 lief bis zum 07.02.2025. Sowohl Behörden als auch private Personen waren angesprochen. Das Verfahren ist noch nicht final abgeschlossen.
 - o Am 26.03.2025 findet ein Treffen mit den Behörden, die am Interessensbekundungsverfahren teilgenommen haben, statt. Hauptthema wird hierbei die Finanzierbarkeit sein.
 - o Die Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation verwaltet aktuell die Immobilie. Sie hat kein Interesse an einer weiteren Nutzung, möchte aber eine Entscheidung vor der Sommerpause, um keinen Leerstand an dieser prominenten Lage zu provozieren.
 - o Aufgrund des laufenden Verfahrens kann zu Teilnehmenden und anderen Details des Interessensbekundungsverfahrens keine Angabe gemacht werden.

PROTOKOLL

- Anna Kreuzer: Besteht auch die Möglichkeit einer Zwischennutzung?
 - o Herr Flottau: Ja, das ist möglich. Gegebenenfalls ist ein Nutzungsänderungsantrag notwendig.
- Henrike Adebar: Lässt der Zustand eine weitere Nutzung zu?
 - o Herr Flottau: Das Gebäude ist in einem guten Zustand, ist aber als „Spezialimmobilie“ zu bezeichnen: es hat einen besonderen Grundriss und speziell im 1. Obergeschoss eine sehr offene Bauweise, die möglicherweise erhebliche Umbaumaßnahmen notwendig macht. Technisch ist das Gebäude auf dem Stand von 1972.
- Anna Kreuzer: Wie waren die Rahmenbedingungen des Interessensbekundungsverfahrens?
 - o Herr Flottau: Es war ein offenes Verfahren, im Vorfeld wurde kein Konzept und keine Nutzung ausgeschlossen. Das Ziel der Nachnutzung ist die Weiterentwicklung der Innenstadt.
 - o Abhängig von der weiteren Entwicklung wird sich die Vergabe ergeben. In Absprache mit der Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation wurden zunächst lediglich Ideen gesammelt und noch keine Angebote eingeholt.
- Beitrag aus dem Publikum: Eine Option zur Zwischennutzung ist die Errichtung von Fahrradstellplätzen in der Tiefgarage. Auch Ausstellungsflächen werden intensiv nachgefragt.
 - o Herr Flottau: Aus diesem Grund wurde das Interessensbekundungsverfahren durchgeführt, um möglichst viele Ideen zu sammeln.
- Beitrag aus dem Publikum: Sowohl das Amts- als auch das Landesgericht sind nicht barrierefrei. Die Nachnutzung des Postamtes stellt die einmalige Möglichkeit dar, die Justiz zu erweitern und barrierefreie Sitzungssäle einzurichten. Es wird die Bitte formuliert auf die Parteivertreter:innen in der Bürgerschaft einzuwirken, um diese Idee zu verfolgen.
- Zur Nachnutzung der Post existiert ein vorbereiteter Beschlussentwurf des Beirates Mitte (Siehe Anlage 1).
- Während der Sitzung wurden aufgrund der neuen Informationen drei Punkte kurzfristig in den Antrag aufgenommen:
 - o Prioritäre Vergabe an öffentliche Entwickler
 - o Alternativ eine Prüfung, ob die Vergabe im Erbbaurecht stattfindet
 - o Bei Vergabe an private Entwickler soll diese mit einem Festpreis geschehen und ausschließlich das Konzept bewertet werden.
- Der Beschlussentwurf wurde zur Abstimmung gestellt und einstimmig angenommen.

4. Verschiedenes

- Astrid-Verena Dietze wird die Position als Ortsamtsleitung zum 01.04.2025 antreten.
- Die nächste Beiratssitzung wird erst am 06.05.2025 stattfinden, da der reguläre Apriltermin in die Osterferien fällt.

Vorsitz

Dominik John

Sprecherin Beirat Mitte

Anna Kreuzer

Protokoll

Arne Köller

Anlage 1:

18.03.2025

Antrag des Beirats Mitte zur

Neunutzung des alten Postamts an der Domsheide 15

Seit Ende November 2024 steht das alte Postamt an der Domsheide 15 leer, eine Nachnutzung ist noch ungeklärt. Die Stadt Bremen hat seit dem 01. Dezember 2024 die Verfügungsgewalt über das Gebäude und das Grundstück. Nun hat die Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (WFB) für das Sondervermögen Gewerbeflächen im Auftrag der Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation ein Interessensbekundungsverfahren für das Gebäude gestartet.

Das ehemalige Postgebäude befindet sich an einer neuralgischen Stelle der Stadt: hier an der Domsheide befindet sich der zweitgrößte Knotenpunkt des Bremer ÖPNVs. Täglich steigen hier 13.000 Fahrgäste zwischen den sieben Bus- und Straßenbahnlinien um.

Die Domsheide ist stadträumlich das Tor zur Innenstadt. Sie ist der Ausgangspunkt für vielerlei Angebote in der Innenstadt und dem Viertel: Einkaufsmöglichkeiten rund um Obernstraße, Sögestraße und im Ostertor, das Konzerthaus die Glocke, die Kunsthalle Bremen, das Theater am Goetheplatz, die Stadtbibliothek, die Wallanlagen, den Schnoor, die Bremische Bürgerschaft, das Weltkulturerbe Rathaus und Roland und vieles mehr, alles ist fußläufig in wenigen Minuten zu erreichen.

Zur Belebung der Innenstadt wurden in den letzten Jahren vielfältige Programme aufgelegt (z.B. das „Aktionsprogramm Innenstadt“ oder „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“). Diese zeigen bereits Wirkung. Die gemessenen Besucherströme liegen mit einem Anstieg von 7% im Vergleich von 2023 zu 2024 deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Bremens „Gute Stube“ zieht also wieder deutlich mehr Gäste an. Für eine nachhaltige Nutzung der Innenstadt bedarf es aber auch Konzepte für eine gleichberechtigte Teilhabe aller in der Stadt. Hierfür bietet sich das ehemalige Postamt ideal an! Insbesondere auch im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Dechanatstraße zu einer Klimastraße mit neuen Aufenthaltsqualitäten. Besonders die Erdgeschosszonen gilt es mit öffentlich zugänglichen Nutzungen zu bespielen.

Es bietet ausreichend Platz und auch die notwendige Infrastruktur (Fahrstuhl, Tiefgarage, Hallenräume) ist bereits größtenteils vorhanden um an dieser zentralen Stelle konsumfreie Räume zum Aufenthalt und für Veranstaltungen (z.B. die Sitzungen des Beirats), Schließflächen und öffentliche barrierefreie Toiletten zu etablieren. Auch Fahrradstellplätze und Lademöglichkeiten für E-Fahrräder oder auch E-Rollstühle sollten im ehemaligen Postamt untergebracht werden. Gleichzeitig könnten hier auch Bildungs- und Informationseinrichtungen wie die Landeszentrale für politische Bildung oder der Europapunkt zentral untergebracht werden. Dadurch könnten sowohl Kosten gebündelt als auch Angebote ausgebaut werden, wodurch eine bessere Öffentlichkeit hergestellt wird.

PROTOKOLL

Der Beirat Mitte fordert daher den Senat auf

- bei der Neukonzeptionierung des ehemaligen Postamtes eine nachhaltige und gleichberechtigte Nutzung für alle Menschen zu ermöglichen. Dies sollte unbedingt enthalten:
 1. Die Schaffung von barrierefreien und konsumfreien Aufenthaltsräumen im Innenbereich einschließlich kostenfreier bzw. kostengünstiger und barrierefreier Veranstaltungs-, Sitzungs- bzw. Seminarräume, u.a. auch für die Nutzung durch die Gerichte.
 2. Die Schaffung von barrierefreien und kostenlosen Toiletten
 3. Das Bereitstellen von Schließfächern mit Pfandsystem für eine möglichst kostengünstige und barrierefrei Nutzung
 4. Schaffung von Fahrradstellplätzen und Lademöglichkeiten für E-Fahrräder und E-Rollstühlen
 5. Das Einbeziehen der spezifischen Bedarfe besonderer Gruppen, für die der Standort Innenstadt besonders relevant ist, wie z.B. obdachlose Menschen, mobilitätseingeschränkte BSAG-Fahrgäste, Studierende der Hochschule für Künste, Schüler*innen der anliegenden Schulen und Anwohnenden aus der Umgebung der Domsheide.
 6. Die zentrale Ansiedelung von Bildungs- und Informationseinrichtungen wie der Landeszentrale für politische Bildung, des Europapunktes und anderen zur Bündelung und Ausbau des Angebots.

Der Beirat Mitte fordert den Senat ferner auf

- Prioritär an eine öffentliche/städtische Entwicklerin zu vergeben.
- Sollte dies nicht möglich sein, so soll zunächst die Möglichkeit eines Erbbaupachtvertrags geprüft werden.
- Mindestens sollte aber bei einer Vergabe an einen Privaten eine Konzeptvergabe erfolgen, bei der ein Festpreis festgelegt und nach dem Konzept entschieden wird. Kriterien der Vergabe sollen in Abstimmung mit dem Beirat Mitte entwickelt werden. Oben genannte Punkte sind dabei mindestens zu berücksichtigen.